

Aber auch der Förderhaushalt der Film- und Medienstiftung zeitigt Erfolge, sowohl im Bereich der digitalen Wirtschaft als auch nach wie vor im klassischen Filmgeschäft. Dort ist es nicht nur so, dass wir zahlreiche Auszeichnungen erringen können, sondern auch für jeden Euro Förderung mindestens 1,50 € ausgegeben werden müssen, in Wahrheit also sogar ein NRW-Effekt von 225 % erzielt worden ist. Das eingesetzte Geld lohnt sich somit auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Meine Damen und Herren, gerade sind zwei Emmy Awards und eine UNESCO-Auszeichnung nach Nordrhein-Westfalen gegangen. Das ist einmal die Anerkennung für den ZDF-Film „Das Wunder von Kärnten“ und andererseits für Frau Schäferkordt, die als Chefin der Mediengruppe RTL ebenfalls einen International Emmy für ihre Verdienste um den Sender RTL und das Privatfernsehen bekommen hat.

Daraus können Sie entnehmen: Schon die Unterschiedlichkeit der Auszeichnungen zeigt die große Vielfalt des Medienlandes NRW. Preise stehen immer erst am Ende eines gewinnbringenden Prozesses, und wir in Nordrhein-Westfalen schaffen die Voraussetzungen dafür, dass diese Prozesse nachhaltig gelingen können.

Herr Präsident, gestatten Sie mir zum Abschluss dieses Gesamtkomplexes Einzelplan 02 noch zwei abschließende Sätze. Ich möchte das Fazit ziehen, dass der Haushalt der Ministerpräsidentin wieder einmal aus finanzwirtschaftlicher Sicht sehr zurückhaltend ist und trotzdem wichtige inhaltliche Akzente setzt.

Ich möchte mich bei Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bedanken für die überwiegend sachliche Debatte, die wir heute hier geführt haben, die dem Ansehen dieses Hohen Hauses sicher guttut. Ich möchte mich außerdem bedanken, dass es mir durch eine Tagesordnungsumstellung ermöglicht worden ist, diese Debatte mit Ihnen zu führen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Einzelplanberatung vor. Ich schließe damit die Aussprache zu Einzelplan 02.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4402, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung Folge leisten? – SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Stein. Wer enthält sich? – Die Piratenfraktion. Damit ist der **Einzelplan 02 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 05
Ministerium für Schule und Weiterbildung**

Änderungsantrag
des Abgeordneten Robert Stein (fraktionslos)
Drucksache 16/4483

In Verbindung mit:

Bildungsinnovation 2020 – Chancen der Digitalisierung für die Bildung nutzen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4435

In Verbindung mit:

Erste Konsequenz aus den schlechten Ergebnissen Nordrhein-Westfalens in der IQB-Vergleichsstudie zu mathematischen und naturwissenschaftlichen Kenntnissen ziehen – zusätzliches Fortbildungsprogramm zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer auflegen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4440

Ich weise auch auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zum Einzelplan 05 Drucksache 16/4405 hin. Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion spricht zunächst Frau Kollegin Vogt.

Petra Vogt (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits zum dritten Mal innerhalb eines Jahres erleben wir an dieser Stelle Haushaltsberatungen. Eigentlich hätte man sich die erneuten Beratungen sparen können, da auch im vorliegenden Entwurf kein Gestaltungswille erkennbar ist.

Wieder einmal offenbaren die Zahlen der Ministerin nichts Gutes für unser Bundesland. Das Haushaltsvolumen des Einzelplans 05 steigt gegenüber 2013 um 465 Millionen € auf 15,6 Milliarden € an und macht damit ca. 25 % an den Gesamtausgaben aus. Allein diese Zahl zeigt deutlich, dass Handlungsbedarf besteht, wenn man die Konsolidierung der Landesfinanzen ernst nimmt. Doch davon ist der vorliegende Entwurf weit entfernt. Es gibt allem Anschein nach nur ein „Augen zu und weiter so wie bisher“. Uns treibt die Sorge um, dass wir von Ihnen, sehr geehrte Frau Ministerin, in der gesamten Legislaturperiode nichts anderes mehr zu hören bekommen.

Zudem mangelt es an Transparenz. Auch in diesem Haushalt finden sich 42 Millionen € an globaler Mindeerausgabe, bei der die Ministerin noch nicht weiß oder es vielleicht einfach gar nicht sagen möchte, wie diese erwirtschaftet werden soll. So wurden wir kurz nach den Haushaltsberatungen 2013 im Frühjahr von dem Beschluss der Ministerin mehr als überrascht, die flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht einfach so zu halbieren. Während der Haushaltsberatungen war davon kein Wort zu hören. Wir hätten sehr gerne mit Ihnen darüber gesprochen, wie schlecht Unterrichtsausfall ist und wie wenig sich Nordrhein-Westfalen das leisten kann. Wie die neueste Vergleichsstudie zeigt, haben wir eher deutlich mehr als deutlich weniger Unterricht an unseren Schulen nötig.

Die FDP-Fraktion hat zu diesem Thema für die heutige Beratung bereits einen Antrag vorgelegt, der aus unserer Sicht allerdings zu kurz greift. Wir freuen uns aber auf die Beratungen im Fachausschuss.

Erstaunt hat uns die Kürzung der flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht aber auch vor dem Hintergrund, dass die Ministerin gar keine Ahnung hat, wie viel Unterricht an unseren Schulen überhaupt ausfällt. Sehr geehrte Frau Ministerin, auf welcher Grundlage haben Sie diese Entscheidung gefällt? Stellen Sie sich nur einmal vor, Sie wären in einem Unternehmen tätig und würden so weitreichende Entscheidungen ohne Kenntnis der Sachlage treffen. Wie lange, glauben Sie, wären Sie dort noch beschäftigt?

Aber zielgerichtete Planung scheint nicht Ihr Ding zu sein. Das erkennt man am vorliegenden Haushaltsentwurf deutlich. Trotz einer Steigerung des Haushaltsvolumens fehlt Geld für zentrale Aufgaben im Schulbereich. Den inklusiven Umbau unseres Schulsystems werden Sie mit den veranschlagten Ressourcen nie bewerkstelligen können.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das haben Ihnen bereits im Juni alle Experten in der Anhörung gesagt. Das haben wir Ihnen immer wieder gesagt. Wie die Umfrage des VBE zeigt, sagt Ihnen das auch die Bevölkerung in unserem Land, liebe Frau Löhrmann,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

leider Gottes ohne Erfolg! Sie halten an einem Inklusionsgesetz fest, von dem Sie wissen, dass es zum Scheitern verurteilt ist. So titelte beispielsweise in der vergangenen Woche ein Nachrichtenmagazin: „Chaos per Gesetz an den NRW-Schulen?“ – Wie viele Hinweise benötigen Sie noch, um anzuerkennen, dass es so nicht geht?

Allerdings ist die Inklusion nicht die einzige Problematik, die an fehlender Prioritätensetzung leidet. Es fehlen auch Anreize für Führungstätigkeiten in unserem Schulwesen. An den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen gibt es zurzeit 435 unbesetzte

Schulleiterstellen und 662 offene Stellvertreterposten. Welche Auswirkungen das auf die einzelnen Schulen hat, kann man leicht erahnen. Was tun Sie dagegen? Offensichtlich nichts. Im Gegenteil: Durch die leistungsfeindliche Nichtübernahme des Tarifergebnisses für höhere Besoldungsgruppen verschärfen Sie die Problematik weiter und demotivieren zudem die Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich und häufig weit über ihre eigentliche Arbeitszeit hinaus versuchen, den Schülerinnen und Schülern eine gute Bildung mit auf den Lebensweg zu geben.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sparwillen zeigen Sie dann überraschend an den Berufskollegs. Allein aufgrund einer durch nichts bewiesenen Annahme, wonach es durch ein neues Konzept gelingen könnte, junge Menschen schneller in den Beruf zu vermitteln, streichen Sie in diesem Haushalt einfach einmal 229 Stellen an den Berufskollegs. Auch das ein Beispiel für wirklich „durchdachte“ Planung! Dass sehr viele junge Menschen an unseren Berufskollegs ganz bewusst einen höherwertigen Bildungsabschluss machen, scheint Ihnen leider entgangen zu sein.

Selbst wenn Sie also versuchen zu sparen – es ist an der falschen Stelle.

Richtig wäre es – und vor dem finanziellen Hintergrund des Landes dringend geboten –, über Strukturveränderungen nachzudenken. Ohne Strukturveränderungen wird man weder den Herausforderungen unseres Schulwesens gerecht werden noch die Schuldenbremse einhalten können. Wir hatten Ihnen dazu bereits in den vorangegangenen Haushaltsberatungen ein umfangreiches Konzept vorgelegt, das wir für 2014 fortgeschrieben haben.

Es wäre schön, wenn Sie nicht immer nur unsere Vorschläge ablehnen, sondern auch endlich mal eigene Vorschläge vorlegen würden,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

um das Schulsystem in unserem Land zukunftsfähig zu gestalten. Die Menschen in unserem Lande warten darauf. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch in dieser Haushaltsdebatte haben wir von der Opposition sicherlich schon ein Dutzend Mal die Klage gehört, dass wir zu viel Geld ausgeben, wenn auch an jeder einzelnen Stelle zu wenig. Das ist sozusagen der Zwiespalt, in dem wir uns da bewegen.

Von Frau Vogt haben wir gerade auch noch gehört, dass wir keinen Gestaltungswillen haben und dass wir darüber hinaus keine eigenen Vorschläge vorlegen. Frau Vogt, unsere eigenen Vorschläge sind der Haushaltsplan – nur um das klarzustellen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der ist sehr umfänglich und hat eine ganze Reihe von Schwerpunkten.

Die Interessenvertretung des VBE hat pünktlich zur heutigen Debatte eine Umfrage veröffentlichen lassen, nach der rund zwei Drittel der Bürger meinen: Die Bereitschaft der Politik, die notwendigen finanziellen Mittel für ein gemeinsames Lernen bereitzustellen, ist nicht da. – Einfacher gesagt: Die Politik gibt dafür nicht genug Geld aus. – Aber, man beachte: Es war nicht nach der Bereitschaft der Politik gefragt und auch nicht nach der des einzelnen Bürgers!

Die CDU hat das gleich flott kommentiert, der Landesregierung scheinheiliges Gerede unterstellt und gemeint, dass wir nicht ausreichend arbeiten würden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Ihre Bewertungen sind unsachlich. Sie sollten einmal überlegen, ob das nicht eher auf Ihre eigenen Äußerungen in der Pressemitteilung zutrifft als auf das, was unsere Landesregierung tut.

Doch kehren wir nach diesem Ausflug in das Reich der Wünsche, Widersprüche und Fiktionen zur Realität zurück!

Mit einem Anteil von rund 25 % – Frau Vogt hat es schon gesagt – ist der Einzelplan 05 der größte des Landes Nordrhein-Westfalen. In diesem Einzelplan findet sich eine Steigerung von 465 Millionen €. Die geht im Wesentlichen auf Personalkosten zurück. Dazu zählen Versorgungsausgaben, Beihilfen und Fürsorgeleistungen in Höhe von 373 Millionen €.

Dem steht keine Verbesserung der Stellensituation gegenüber, sondern es handelt sich um systemimmanente Kostensteigerungen. In der Summe sinkt die Zahl der Lehrerstellen sogar um 2.687, was in den letzten Wochen übrigens erhebliche Kritik bei den Lehrerverbänden ausgelöst hat.

Ich sage es an dieser Stelle noch einmal: Diese 2.687 Stellen – wir haben das auch schon in der Presse veröffentlicht – stammen nicht aus Demografieeffekten, sondern es handelt sich dabei um systematische Korrekturen, die im Wesentlichen an Beschlüssen der Vorgängerregierung vorzunehmen sind. Auch wenn diese Kürzungen schmerzvoll sind – es gibt eine Gesamtverantwortung für den Landeshaushalt. Diese erfordert auch im MSW strukturelle Einsparungen. Ich möchte aber deutlich betonen, dass daneben die sogenannten Demografieeffekte, also Stellen, die zunächst durch rückläufige Schülerzahlen frei werden, bis 2015 wie versprochen im System gehalten werden.

Es ist ein Merkmal unserer Politik, das Bildungssystem gerechter, leistungsfähiger gestalten zu wollen. Dabei wollen wir so viel Prävention wie möglich und so wenig Reparatur wie notwendig realisieren. Das erfordert auch einen sorgsam Umgang mit den finanziellen Spielräumen, die wir haben.

Dem Stellenabbau sind zum Beispiel Vorgriffsstunden in der Größenordnung von 1.150 oder die Realisierung von kw-Vermerken oder auch die Veränderung der Lehrerbildung mit 368 Stellen geschuldet.

160 Stellen gehen auf das Stoppen des vorgezogenen Einschulungsalters zurück und werden als Ausgleich dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport zur Verfügung gestellt.

Manche Stellen ergeben sich auch durch Verschiebungen im Einzelplan. Die 33 Stellen, die für den Wiederaufbau des Landesinstituts in Soest benötigt werden, sind eine Folge davon, dass Sie in einem Akt von Wahnsinn das Landesinstitut in Soest schlicht und einfach abgeschafft haben. Wir fangen jetzt an, dort eine Qualitätsagentur neu aufzubauen. Qualitätsentwicklung an unseren Schulen braucht nämlich in der Tat kontinuierliche, systematische Unterstützung. Diesen Ansatz wollen wir weiterverfolgen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir setzen mit unserem Haushalt ganz klare Schwerpunkte. Das ist zum einen die Umsetzung des Schulkonsenses, das ist zum anderen die Umsetzung der Inklusion nach dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz.

Alein für die Neugründung von Sekundarschulen und Gesamtschulen – das ist übrigens etwas, was wir gemeinsam verabredet haben, Frau Vogt – werden in diesem Haushaltsjahr 2.369 Stellen eingesetzt.

570 Lehrerstellen werden zur Absenkung des Klassenfrequenzrichtwertes in der Grundschule verwendet. Auch mit der Absenkung der Klassenfrequenz in der Sekundarstufe I werden wir im Haushaltsjahr 2014 beginnen. Dort wird die Klassenfrequenz in Gesamtschulen, Gymnasien und Realschulen von 28 auf 27 gesenkt.

Damit halten wir Wort. Damit haben wir nicht nur Gestaltungswillen, sondern auch Gestaltungskraft, Frau Vogt.

An den Gymnasien werden im Haushalt 500 Stellen erhalten, die mit dem Auslaufen des neunjährigen Abiturs zahlenmäßig nicht mehr benötigt werden. Damit Härten vermieden werden und Versetzungen nicht erforderlich sind, bleiben diese Stellen zunächst noch im Haushalt.

Auf einen weiteren Stellenanwuchs möchte ich hinweisen, nämlich auf die 109 Stellen, die zur Auswei-

tung der Leitungszeit in der Grundschule zur Verfügung gestellt werden.

Anders als Sie behaupten, Frau Vogt, setzen wir 1.000 zusätzliche Stellen ein, um die Umstellung der sonderpädagogischen Förderung im Rahmen des Inklusionsprozesses zu begleiten. Alle 9.406 Stellen, die bisher im Bereich „Lern- und Entwicklungsstörungen“ im Haushalt waren, bleiben erhalten, um den Inklusionsprozess umzusetzen.

Mit dem Entschließungsantrag zum 9. Schulrechtsänderungsgesetz ist zudem ein Bündel von Maßnahmen benannt worden, die in unterschiedlicher Zuständigkeit deutlich machen, dass es zukünftig mehr denn je erforderlich ist, dass alle Ebenen der gesamtstaatlichen Verantwortung für Bildung und Soziales enger zusammenarbeiten und wir Synergien schaffen.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD] und Sigrud Beer [GRÜNE])

Es wird eine Herausforderung, aber auch eine Chance sein, zukünftig vernetzter zu denken und zu handeln.

Wir haben die berufsbegleitende Fortbildung der Sonderpädagogen eingeführt. Wir schaffen 300 Studienplätze an den Hochschulen.

Meine Damen und Herren, auch der Stellenaufwuchs bei der sonderpädagogischen Förderung bis 2017 umfasst insgesamt 3.215 Stellen. Das entspricht – man höre und staune – ungefähr dem Betrag, den die CDU im letzten Haushaltsjahr 2013 für Sonderaufgaben und Inklusion zur Verfügung stellen wollte. Nun weiß ich nicht, wie Sie heute feststellen können, wir täten nicht genug, während Sie selbst nicht mehr hätten tun wollen.

In diesem Jahr tritt die CDU mit einem neuen Prinzip an, nämlich dem sogenannten Praktiker-Prinzip, das allerdings bekanntlich schon an anderer Stelle zur Pleite geführt hat: 20 % auf alles. Damit ist die Kürzung für alle Fördertöpfe gemeint. Dies dürfte nicht ohne Auswirkungen auf den Personalhaushalt bleiben. Meine Damen und Herren, das ist das Gegenteil von verantwortlicher Haushaltsführung.

Zur effizienten Nutzung der knappen Mittel ist es erforderlich, dass wir zukünftig bessere Steuerungsmöglichkeiten haben. Deshalb führen wir auch bei den Stellenbudgets unter anderem einen Sozialindex ein. Insgesamt bietet der Sozialindex die Möglichkeit, soziale Belastungen in Schulaufsichtsbezirken besser begegnen zu können. Mit ihm können Lehrerstellen bedarfsgerechter den Schulaufsichtsbezirken zugewiesen und nach ungewichteten Schülerzahlen verteilt werden.

Mit dem Einzelplan 05 diskutieren wir zugleich die Anträge von CDU, FDP und den Piraten. Lassen Sie mich zu diesen Anträgen ganz kurz in Stichworten aus unserer Sicht etwas sagen.

Wir haben deutlich gemacht, dass die Schulverwaltungsassistenten nicht unbedingt der richtige Weg sind. Zumindest ist unbestritten, dass die Schulasistenten eine Entlastungsfunktion haben. Gleichwohl werden wir zu klären haben, ob, und wenn ja, wo und unter welchen Bedingungen Schulasistenten sinnvoll eingesetzt werden können. Damit wird sich der Landtag in einer Anhörung beschäftigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der FDP, Sie haben als Antwort auf die Ergebnisse der letzten IQB-Studie den Antrag gestellt, die Lehrerfortbildung in den MINT-Fächern auszuweiten. Dabei unterstellen Sie den schlichten Gedankengang: mehr Fortbildung gleich besserer Unterricht gleich bessere Schülerleistungen. – Das ist leider so nicht der Fall. Die IQB-Studie stellt auf Seite 386 fest – ich zitiere –:

„Anhand der vorliegenden Daten lassen sich somit kaum Hinweise darauf finden, dass der Besuch von Fortbildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themenbereichen direkt mit höheren Kompetenzständen aufseiten der Schülerinnen und Schüler einhergeht.“

Insgesamt gibt es in Nordrhein-Westfalen bereits eine ganze Menge an Fortbildungen zu MINT-Fächern. Sie haben in Ihrer Regierungszeit dort einen Schwerpunkt gesetzt. Sie haben zum Beispiel mit der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände drei Projekte auf den Weg gebracht. Es ist also bereits eine Menge passiert, und dennoch waren die Ergebnisse in der IQB-Studie nicht so, wie wir sie uns vorgestellt hätten.

Es bleibt also zu fragen, ob angesichts der schwierigen Ausgangslage in NRW diese Maßnahmen erforderlich sind.

Vizepräsident Daniel Düngel: Frau Kollegin.

Renate Hendricks (SPD): Meine Redezeit ist fast zu Ende.

Ich sage ganz kurz etwas zum Antrag der Piraten. Wir haben damit Sympathie. Wir sehen es als notwendig an, dass wir auch bei den Medien mehr tun. Wir werden dies im Ausschuss weiter beraten.

Ich bin mir sicher, dass wir eine Weiterentwicklung im schulischen und im Ausbildungsbereich in den nächsten Jahren haben werden. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn ich heute einen grünen Schal trage, hat das nicht zur Folge, dass wir dem Haushalt zustimmen werden.

(Zuruf von der SPD: Die Hoffnung stirbt zuletzt! – Ministerin Sylvia Löhrmann: Schade eigentlich! – Weitere Zurufe)

Liebe Frau Hendricks, ich gehe auf Ihren Beitrag ein. In unserem Antrag steht zum einen etwas von erster Konsequenz. Zum anderen haben wir das, was Sie gerade aus der IQB-Studie zitiert haben, tatsächlich in unserem Antrag aufgeführt.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil, Frau Kollegin!)

Wir wissen, dass Fortbildung nicht das Allheilmittel ist, aber dazugehört, wenn wir hier von den schlechten Ergebnissen der IQB-Vergleichsstudie sprechen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden rot-grünen Haushaltsentwurf verspielen wir leider zu einem großen Teil die wissenschaftliche und wirtschaftliche Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen. Die extrem schlechten Ergebnisse beim IQB-Ländervergleich haben uns dies vor Augen geführt.

Wir müssen bei der Unterrichtsqualität im MINT-Bereich dringend nachsteuern. Welchen Stellenwert Rot-Grün dem MINT-Bereich zumisst, ergab sich unter anderem auch aus unseren schriftlichen Nachfragen zu den Programmkürzungen im vergangenen Haushalt. Da gab es die Antwort, dass die Schülerakademie für Mathematik und Informatik in Münster nicht mehr finanziell unterstützt wird. Das Projekt „Sprachbildung im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht“ wurde ebenfalls aufgeschoben.

So sägen Sie natürlich an dem Ast, auf dem der Erfolg dieser Gesellschaft ruht. Nicht nur, aber auch darum wollen wir hier und heute mit unserem Antrag Ihr direktes Bekenntnis, dass Sie erste – das betone ich: erste – Konsequenzen aus dem IQB-Ländervergleich ziehen.

Wir wollen die Mittel für die Fortbildung, also die Unterstützung der Pädagogen, nicht um 4,1 Millionen € kürzen. Wir brauchen mehr Unterstützung gerade auch für fachfremd unterrichtende Pädagogen. Zertifikatskurse alleine reichen hier offenkundig nicht aus.

Liebe Frau Ministerin Löhrmann, es ist richtig, dass die Mittel für einen auslaufenden Zweck eingestellt waren. Aber die Entscheidung, diese Fortbildungsmittel zu streichen oder umzuschichten, treffen Sie heute. Deshalb fordern wir: Investieren Sie in Köpfe und nicht in Strukturen.

(Beifall von der FDP)

Letztlich haben wir es bei Ihrer Schwerpunktsetzung mit einem Circulus vitiosus, also einem Teufelskreis, zu tun: Zum einen sinken die Fortbildungsmittel, aber gleichzeitig fließen Millionen in ein neues Landesinstitut, das etwas für die Fortbildung tun soll. Das, meine Damen und Herren, ist absurd.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Wir diskutieren die schlechten Ergebnisse in Mathematik und den Naturwissenschaften, die das IQB festgestellt hat. An dieser Stelle möchte ich gern Herrn Anand Pant vom IQB, der zur Qualitätsanalyse oder zum Referenzrahmen immer ein gern gesehener Gast der Landesregierung ist, zitieren, der in Bezug auf die schlechten Ergebnisse eine Aussage zu den Landesinstituten getätigt hat. Er sagte in der „Zeit“ vom 17. Oktober: „Leider sind die Landesinstitute Teil des Problems.“ Diesen Worten brauche ich nichts mehr hinzuzufügen.

Selbstverständlich soll aus Ihrer Sicht dieses Landesinstitut auch bei der Inklusion eine wichtige Rolle spielen. Leider ist bei der zentralen schulpolitischen Herausforderung dieses Jahrzehnts Ihr Fehlmanagement mit den Händen zu greifen. Sie haben – Frau Vogt hat es schon angesprochen – gegen nahezu alle Verbände und Fachleute einen Gesetzentwurf ohne Qualitätsstandards regelrecht durchgepeitscht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie unterlaufen in diesem hochsensiblen Feld vielfach die Wünsche der Eltern nach der Wahlmöglichkeit einer Förderschule. So wenig Empathie bei diesem Thema finde ich erschreckend.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Noch ist unklar, wie die Gespräche mit den Kommunen Anfang nächsten Jahres ausgehen werden. Klar ist aber: Ihre Rechtsposition haben Sie nicht geändert. Entsprechende Vorsorge haben Sie aber auch nicht getroffen. Die unverzichtbaren Leitplanken für eine erfolgreiche Umsetzung der Inklusion fehlen weiterhin nahezu vollständig. Sie schichten Lehrerstellen um; das ist richtig. Aber, meine Damen und Herren, das reicht nicht. Die Planungen folgen dem Prinzip „von der Hand in den Mund“.

Wie das Konzept zur Verteilung der Budgetstellen für Lernen, Sprache und emotionale Entwicklung aussehen soll, können Sie nicht erklären. Wir haben schriftlich gefragt, wie sich die sonderpädagogischen Stellen auf die allgemeinen Schulformen und Schulstufen verteilen. Wir wollten wissen, wie viele Förderstunden pro Kopf auf einen Schüler an allgemeinen Schulen entfallen. Die Antwort des Ministeriums: Das wissen wir nicht. Das können wir nicht sagen. – So, meine Damen und Herren von Rot-Grün, wird Inklusion an die Wand gefahren.

(Beifall von der FDP)

Wie sieht es an unseren Schulformen in Nordrhein-Westfalen aus? Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass Sie mit einer Absenkung der Klassenfrequenzrichtwerte an Gesamtschulen, Gymnasien und Realschulen beginnen. Aber die Ungleichbehandlung bleibt dennoch bestehen. Am Gymnasium streichen Sie weitere 500 Stellen als Folge des doppelten Abiturjahrgangs. Das ist nicht nur für Hunderte von Referendaren ein großes Problem. Es ist auch die falsche Antwort auf die schlechten Ergebnisse bei Leistungsvergleichen.

(Beifall von der FDP)

Studien zeigen ganz deutlich, dass wir mehr für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler tun müssen. Um es an dieser Stelle mit Prof. Boos zu sagen: Die Besten an unseren Schulen fordern wir nur halbherzig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die FDP fordert weiterhin, dass gestaffelt nach Größen den Gymnasien durchschnittlich eine Stelle zur individuellen Förderung zur Verfügung gestellt wird. Auch hier gilt: Wir legen heute die Grundlagen für den zukünftigen Erfolg der gesamten Gesellschaft. Dazu gehört auch die Bestenförderung in unserem Land.

(Beifall von der FDP)

Was machen Sie bei einer weiteren unverzichtbaren Säule unseres Bildungssystems, nämlich den Berufskollegs – Frau Vogt hat es schon angesprochen? Die halbe Welt schaut in der Krise beeindruckt auf unser duales Ausbildungssystem. SPD und Grüne streichen alleine in diesem Jahr 229 Stellen und erklären das zum Erfolg ihrer vermeintlichen Präventionspolitik. Dass Sie selbst immer wieder zugeben müssen, keinen Zusammenhang zwischen Ihrem politischen Handeln und den haushaltsrelevanten Entwicklungen belegen zu können, ist bezeichnend.

Noch ein Wort zu einer weiteren Schulform in unserem Land: Auch wenn eine Vielzahl von Hauptschulen schrittweise umgewandelt wird, besuchen weit über 100.000 Schülerinnen und Schüler diese Schulen. Wir sind uns – Gott sei Dank – alle einig, dass wir eine Stärkung des Übergangssystems und eine frühzeitige Berufsorientierung wollen. Aber davon abgesehen frage ich mich: Macht Rot-Grün eigentlich irgendetwas für diese rund 150.000 Kinder und Jugendlichen im System Hauptschule? Leider nein.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Schulhaushalt wird den Herausforderungen der Gegenwart, aber insbesondere der Zukunft nicht gerecht. Er zerstört eher, als dass er aufbaut. Er weist sowohl eine finanzielle als auch eine bildungspolitische Schiefelage auf. Daher wird die FDP-Fraktion diesen Haushalt ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Zentis das Wort.

Gudrun Elisabeth Zentis (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute den Haushalt des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Einzelplan 05. Wer sich die Gesamtdaten dieses Landeshaushalts angesehen hat und bemerkt, welchen Stellenwert die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler in dieser Koalition von Rot-Grün einnimmt, braucht ihn eigentlich nicht mehr groß zu kritisieren. 25 % aller Ausgaben unseres Landes stehen im Zusammenhang mit der Bildung unserer Schülerinnen und Schüler und der Weiterbildung.

Die Bildung der Schülerinnen und Schüler, die Aus- und Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, Unterstützungsleistungen durch andere Professionen, Betreuungskräfte und Assistenzen, Kosten der Inklusion für zusätzliche Lehrkräfte, die Aus- und Weiterbildung der bereits im Schuldienst befindlichen Lehrerinnen und Lehrer, Kosten durch die Senkung der Klassenfrequenzrichtwerte, die entstehen, Entlastungen für die Schulleitungen und die Schulverwaltung – all diese Leistungen machen ein Viertel der vorgesehenen Gesamtausgaben des Landeshaushalts aus. Das ist nicht wenig, und das hat eine Bedeutung.

In Zahlen ausgedrückt will Rot-Grün für das Haushaltsjahr 2014 15.591.000.000 € bereitstellen. Das sind rund 465 Millionen € mehr, als uns für das Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung standen. Ich wollte das nur wiederholen, weil es für das Handeln dieser Regierung wirklich bedeutsam ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Alle Meldungen über Kürzungen und Sparmaßnahmen im Schulbereich sind also falsch. Rot-Grün sattelt noch obendrauf, und das in Zeiten knapper Kassen und der drohenden Schuldenbremse. Das sind doch Zeichen für das, was bei uns im Land höchste Priorität hat. Das sind doch Zeichen für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.

Sehr geehrte Damen und Herren von CDU und FDP, wie sage ich Ihnen jetzt, dass uns Ihre Haushaltsanträge zum Schulwesen nicht weiterbringen? – Wir sparen nämlich nicht an der Bildung unserer Kinder, und wir wollen auch nicht an ihrer Ausbildung sparen. Ihre Anträge zum Haushalt sind – bildlich gesprochen – größtenteils die alten Hüte des letzten Jahres, die in diesem Jahr nicht tragfähiger sind.

In vielen Sitzungen ist Ihnen von Frau Löhrmann, Frau Beer und Frau Hendricks – und auch heute

noch – erläutert worden, warum und weshalb es Stellenveränderungen gibt. Eine Erläuterung im Detail hier und jetzt wird Ihnen nicht mehr – da bin ich mir sicher – zu einer anderen Einsicht verhelfen. Lesen Sie einfach die Ausführungen der Ministerin in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 2. Oktober dieses Jahres nach. Im Detail hat die Ministerin alle Stellenveränderungen mitgeteilt, erklärt und begründet.

Zur Erinnerung seien mir allerdings zwei Bemerkungen gestattet. Dies betrifft zum einen die Vorgriffsstunden, die 1996 angeordnet wurden, gedacht zur besseren Unterrichtsversorgung in einer Zeit des Lehrermangels, von dem Versprechen begleitet, dass die Lehrkraft diese angerechnet bekommt. Ich kann mich noch sehr gut an die Diskussionen in Lehrerkreisen erinnern, wie wenig Hoffnung viele hatten, dass diese versprochene Anrechnung tatsächlich umgesetzt wird. Im Zeitablauf ist das auch noch einmal gestreckt worden: Das war 2006/2007. Warum? – Weil es immer noch nicht genügend Lehrerinnen und Lehrer gab.

Der letzte Ausgleich der Vorgriffsstunden erfolgt jetzt, und ich bin mir sicher, dass auch Sie das wissen. Es betrifft zurzeit noch 704 Stellen. Weitere 368 Stellen sind nicht mehr erforderlich, weil Sie 2009 mit dem Lehrerausbildungsgesetz die Seminarzeit von 24 Monate auf 18 Monate verkürzt haben. Sie wollen doch nicht im Ernst, dass diese Menschen, deren bisherige Aufgabe sie überflüssig gemacht haben, nun in den Seminaren Däumchen drehen, anstatt anderweitig im System Schule eingesetzt zu werden.

Allein der Rückgang der Schülerzahlen im Vergleich mit der Stellenzahl der Lehrerinnen und Lehrer zeigt, dass uns das Bildungssystem in NRW viel wert ist. Neben der Absenkung von Klassenfrequenzrichtwerten zeigt das Bemühen, Schulverwaltungsassistenten zur Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern in den Schuldienst zu integrieren, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler besser versorgen wollen, dass uns die Belastungen der Beschäftigten bekannt sind und wir diese Belastungen abbauen möchten.

Dies ist wirklich völlig konträr zu dem, was die CDU will. Sie will nämlich eine Demografiequote von 1,5 % einführen. Wenn das der Gestaltungswille der CDU ist, tut sie mir wirklich leid.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Einführung einer Demografiequote von 1,5 % im Personalbereich heißt nichts anderes als Stellenabbau im Schulbereich. Nahezu alle Demografiegewinne verbleiben unter Rot-Grün im Schulsystem und verbessern so die Qualität.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nun komme ich zum vorliegenden Antrag der FDP. „Erste Konsequenz aus dem schlechten Ergebnis

Nordrhein-Westfalens in der IQB-Vergleichsstudie zu mathematischen und naturwissenschaftlichen Kenntnissen ziehen – zusätzliches Fortbildungsprogramm zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer auflegen“. Ich habe mehrfach auf das Datum geschaut, um zu sehen, dass ich richtig lese, und kam zu dem Ergebnis, dass Sie sich lange Gedanken gemacht haben; denn die Ergebnisse Ihrer Studie lagen bei der Antragstellung schon seit mehreren Wochen vor.

Ich gebe Ihnen recht, dass die Ergebnisse unserer Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 9 völlig unbefriedigend sind. Daran gibt es nichts zu deuten, und da muss sich etwas tun.

Nur die Forderungen, die Sie aufstellen, sehr geehrte Damen und Herren von der FDP, finde ich untauglich: Verzicht auf die Absenkung der 4,1 Millionen € für die Lehrerfortbildung, um mit diesen dann umfassende zusätzliche Förderprogramme für Mathematik und Naturwissenschaften aufzulegen und diese im Einzelplan 05 gegenzufinanzieren.

Kennen Sie die Hütchenspieler auf den Jahrmärkten und den Basaren? – Man muss nur schnell genug sein, um alles hin und her zu schieben, und keiner weiß mehr, woher und wohin. Dann ist der Einsatz dahin. Ernsthaft: Über diese 4,1 Millionen € haben Sie bei einer Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes 2009 bis 2013 verfügt. Dieser Zeitraum ist jetzt abgelaufen. Genau das findet sich jetzt im Haushalt wieder.

Im Übrigen möchte ich betonen, dass der Etat für Lehrerfortbildung 13,5 Millionen € beträgt und damit im Vergleich zu 2009, als Sie die Verantwortung trugen, um 3 Millionen € erhöht wurde. Das ist eine Steigerung von nahezu 30 %. Wir finden das gut und richtig.

Sie haben in Ihrer Regierungszeit das Landesinstitut abgeschafft. Nordrhein-Westfalen hatte als einziges Bundesland damit keine Supportstelle für Schule und Weiterbildung. Der Mangel war in den letzten Jahren immer stärker spürbar. Viele Verbände, Träger und Verantwortliche haben das beklagt. Auch in der Bildungskonferenz wurde die Forderung erhoben, wieder ein Landesinstitut einzuführen. Das setzen wir im Jahr 2014 um.

(Beifall von den GRÜNEN)

Über den Antrag der Piratenfraktion zur Bildungsinnovation 2020 und die Chancen der Digitalisierung für Bildung beraten wir gern dezidiert im nächsten Ausschuss und werden der Überweisung dieses Antrags zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Piraten spricht Frau Kollegin Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Die meisten Baustellen sind in den vorherigen Redebeiträgen schon benannt worden. Trotzdem möchte ich sie noch einmal kurz erwähnen. Die wichtigsten sind: Schule und Schulleiter, Inklusion, das Burnout von Lehrern, schlechte Zeugnisse in Leistungsvergleichsstudien.

Man muss wahrlich kein Bildungspolitiker sein, um zu erkennen: Es gibt viele offene Baustellen. Von einer zufriedenstellenden Gesamtsituation sind wir im Moment noch meilenweit entfernt.

Der Prozess hin zur inklusiven Schule ist meiner Meinung nach dabei die größte Herausforderung und wird es auch in den nächsten Jahren bleiben. Deshalb möchte ich dazu von dieser Stelle aus noch einmal ein paar Worte verlieren. Ich kann Frau Gebauer nur zustimmen, dass das ganze Verfahren wirklich nicht optimal gelaufen ist. Die Verabschiedung des Gesetzes hat bei den Betroffenen kaum Klarheit gebracht. Die Verunsicherung und Besorgnis sind bei Eltern, Lehrern und in den Rathäusern vor Ort immer noch sehr groß. Auch die Bürger in NRW sind zunehmend skeptisch, wie es eine aktuelle Meinungsumfrage zeigt.

Im Gesetzgebungsprozess ist es der Landesregierung und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, leider nicht gelungen, bei den Betroffenen Vertrauen in den Prozess zu wecken. Das scheint mir bei vielen Projekten, die von der Landesregierung angestoßen werden, ein Problem zu sein.

Das konnte aber auch nicht funktionieren, denn Sie haben in den öffentlichen Debatten zum Thema sachliche Kritik weitgehend unkommentiert ignoriert. Wir haben einige Kritikpunkte, die eine große Zahl Sachverständiger in Stellungnahmen dargelegt haben, zu Änderungsanträgen gemacht. Ihre Reaktion in der Ausschusssitzung am 8. Oktober? – Praktisch keine! Da wird die liebe Sigrid Beer plötzlich überraschend wortkarg. Die liebe Frau Hendricks kommt in der Ausschusssitzung in einem Beitrag zur Debatte zu dem Angebot, mir unter vier Augen zu erklären, warum die Anträge nichts taugen. Dazu muss ich sagen: Herzlichen Dank! Aber das hätte ich dort gerne öffentlich erklärt bekommen.

(Beifall von den PIRATEN)

So geheimnisvoll kann das nicht gewesen sein.

Wenn so mit sachlichen Einwänden umgegangen wird, braucht man sich nicht darüber zu wundern, wenn sich die Menschen in diesem Land mit Grauen von der Politik abwenden. Ich befürchte mit vielen anderen Verbänden und Betroffenen, dass uns

der so von Ihnen eingestielte Prozess der Inklusion in absehbarer Zeit auf die Füße fallen wird. Dabei will ich gar nicht in Abrede stellen, dass Sie im Ansatz richtige Reformprojekte auf den Weg bringen. Es ist aber typisch, dass diese guten Projekte aufgrund von Kleinmut im Desaster enden.

Im Hinblick auf die anstehenden Herausforderungen stimmt uns das sehr nachdenklich. Die Krise im öffentlichen Bildungssystem ist ein Dauerzustand. Die Probleme sind lange bekannt und werden durch jede Studie erneut bestätigt: zu viele Schulabgänger ohne Abschluss, zu wenig Studienanfänger, zu starke soziale Selektion, überlastete Lehrer und so weiter und so fort.

An dieser Stelle muss ich mit großem Bedauern feststellen, dass die von Rot-Grün und uns geforderte Aufhebung des Kooperationsverbots leider keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat. Das wird zu weiteren Problemen führen, wenn wir keine ausreichende Finanzierung des Bildungssystems in NRW haben.

Frau Zentis hat es gerade schon angedeutet: Die Situation an den Schulen entspricht immer der Wertschätzung, die man den Schulen entgegenbringt. In NRW zeigt sich allerdings ein Mangel an Wertschätzung. Der zeigt sich vor allem in der Ausstattung von Schulen und dem Unterricht. Es wird an der falschen Stelle gespart. Das MSW ist die falsche Stelle, Geld einzusparen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir haben von dieser Stelle aus schon öfter auf die beschämenden Fakten hingewiesen: NRW gehört bei den Ausgaben pro Schüler zu den Schlusslichtern. Wir haben im bundesweiten Vergleich mit die größten Klassen. Zum Unterrichtsausfall im Land gibt es seit Jahren keine Daten.

Wie äußern Sie sich, werte Kolleginnen und Kollegen, zum Beispiel in der Debatte zu den besorgniserregend schwachen Ergebnissen in der IQB-Länderstudie? – Brav wird der Ansage der Kultusministerkonferenz gefolgt und vor allem über die Verbesserung der Lehrerfortbildung gesprochen. Aber auch dort macht man aus Lehrern keine Zauberer.

Jetzt machen Sie sich als Landesregierung auf den Weg, die Versäumnisse der Vergangenheit auszugleichen. Sie wollen kein Kind zurücklassen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Dazu werden umfangreiche Reformprojekte angestoßen, die wir auch vom Grundsatz her für richtig halten. Finanzieren wollen Sie das aus sogenannten Demografiengewinnen, die Sie im System belassen wollen. Das wird sicherlich nicht reichen.

Das sagt auch Professor Klemm in seinem Gutachten „Perspektiven und Chancen“ vom Sommer dieses Jahres. Wenn jetzt jemand denkt, das habe er nur für die Gewerkschaften geschrieben, möchte ich

denjenigen herzlich bitten, einmal öffentlich und nachvollziehbar dazu Stellung zu nehmen. Bisher war das MSW im Haushaltsverfahren dazu nicht bereit.

Bis dahin sagen wir: Ihre Reformprojekte sind unterfinanziert!

(Widerspruch von Mehrdad Mostofizadeh
[GRÜNE])

In Ansätzen zeigen sich die absehbaren Schwierigkeiten bereits im vorliegenden Haushalt. Die Lehrstellenversorgung ist nicht ausreichend. Das gilt für alle Schulformen, insbesondere aber für die Gesamtschulen. Dort wächst die Kienbaum-Lücke.

Die Landesregierung ist stets bemüht, den Eindruck zu erwecken, an der Verbesserung der Lehrerversorgung zu arbeiten. Faktisch wird die Lehrerversorgung an den Gesamtschulen im nächsten Jahr aber schlechter. Im neuen Jahr werden an den Gesamtschulen 690 Stellen fehlen, 40 mehr als im laufenden Haushaltsjahr. Diese Stellen müsste es mehr geben, um das vorgesehene Unterrichtsangebot zu gewährleisten. Die Folgen sind klar: Unterrichtsausfall und Belastung der Lehrer nehmen zu. Die Qualität des Unterrichts wird leiden – und das bei einer Schulform, die bei der Inklusion schon sehr weit ist.

Auch bei den anderen Schulformen klafft eine große Lücke. Den Gymnasien fehlen weiter 1.000 Stellen, den Berufskollegs sogar 1.470. Was können wir tun? Wir brauchen kleinere Klassen, individuelle Förderung muss wirksam werden. Immer noch erlauben wir es, dass viel zu viele Schüler weit unter ihren Möglichkeiten bleiben. Schulen und Lehrer müssen durch die Gesellschaft entlastet werden, um die Inklusion und andere steigende Anforderungen an Bildung zu bewältigen. Das heißt, liebe CDU, wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Lehrer.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir wissen, dass Lehrer nicht auf Bäumen wachsen. Die Anzahl der Stellen muss Schritt für Schritt hochgefahren werden, und es müssen jetzt ambitionierte Pläne gemacht und Maßnahmen eingeleitet werden, die den Lehrerberuf wieder attraktiv machen. Die Lehrer müssen einen sicheren Arbeitsplatz mit vielfältigen Aufgaben haben, die auch bewältigt werden können, ohne die eigene Gesundheit zu gefährden oder gar zu ruinieren.

Mit unseren Anträgen wollen wir an einigen Stellen eine Verbesserung der Lage vor Ort vorantreiben. Wir brauchen eine Soforthilfe für Schulträger beim Ausbau des gemeinsamen Lernens. Inklusion beginnt nicht erst im Sommer 2014. Der Prozess läuft, und viele Schulen – insbesondere die Grundschulen, die jetzt flächendeckend umstellen – bereiten sich jetzt vor, um sich im nächsten Sommer gut ausgerüstet auf den Weg zu machen.

Wir brauchen die finanzielle Unterstützung der Landesregierung und fordern, dass Kommunen und andere Schulträger, die einen Inklusionsplan vorlegen und sinnvolle Bedarfe ausweisen, bei diesen Investitionen so schnell wie möglich unterstützt werden. Das wäre ein erster erforderlicher Schritt. Durch die Übernahme von Mitverantwortung könnte hier ein Teil des verloren gegangenen Vertrauens zurückgewonnen werden.

Daneben fordern wir nicht zum ersten Mal den konsequenten Einstieg in Lernmittel unter freier Lizenz. Das, liebe Frau Zentis, ist keine gut gemeinte Idee, die an der Realität vorbeigeht. Vielleicht geht sie an Ihrer Realität vorbei, vielleicht auch an der Realität der Grünen, die 1987 in ihrem Wahlprogramm zum Boykott von Informations- und Kommunikationstechnologien aufgerufen haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Nun aber haben wir das Jahr 2013, und wir sollten gemeinsam aktiv die Zukunft gestalten. Ziemlich sicher wird im Koalitionsvertrag „Schulbücher unter freien Lizenzen“ stehen. Diese Realität sollten Sie jetzt anerkennen. NRW darf hier den Anschluss an internationale Entwicklungen nicht verpassen. Die Bedeutung von Medienkompetenz und Digitalmedien für die Bildung brauche ich, glaube ich, heute nicht auszuführen. Da sind wir uns relativ einig.

Wir nehmen das Thema in unserem Antrag „Bildungsinnovation 2020“ auf. Jetzt ist der richtige Moment, um in diesem Haus die Modernisierung der Bildung mit Digitalmedien anzustoßen.

Auch die Europäische Kommission legt dafür ein Programm auf und stellt Fördermittel zur Verfügung – nicht nur für Schulen, sondern auch für die Weiterbildung und die Hochschulen. Das begrüßen wir.

Wir regen an, dass wir gemeinsam in den Ausschüssen schauen, was wir dabei in NRW auf den Weg bringen können. Ich bin zuversichtlich, dass wir beim Zugang zur Bildung die Chancengleichheit verbessern können.

Sachlich und lösungsorientiert die Probleme unserer Zeit anzugehen – das ist unser Stil. Wir haben das versprochen, und so machen wir das. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Meine Damen und Herren! Auch ich wiederhole es noch einmal: Der Etat des Schulministeriums bildet mit mehr als

15,5 Milliarden € den größten Einzeletat des Haushaltes. Das ist ein Gestaltungshaushalt, weil wir mit ihm erhebliche zusätzliche Ressourcen zur Umsetzung des Schulkonsenses und für die Inklusion einsetzen.

Ich lege noch einmal den Gestaltungsnachweis dieser Regierungskoalition vor, die unter anderem den Schulkonsens in Nordrhein-Westfalen umsetzt. Man sieht die vielen Schulen, die entstehen. Ich wundere mich immer wieder, Frau Vogt – Sie haben es nicht mit ausgehandelt, und Sie haben es nicht mit unterschrieben –, wie wenig Sie vom Schulkonsens sprechen. Die CDU hat sich offensichtlich von ihm verabschiedet und freut sich nicht an dieser Gestaltung, die hier auf der Karte Nordrhein-Westfalens sichtbar wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Hendricks hat die Studie des VBE zur Inklusion von gestern schon eingeordnet. Das will ich nicht wiederholen.

Frau Pieper, Sie haben recht, wir haben Nachholbedarf. Gerade deswegen investieren wir so massiv in den Schulbereich. Wir nutzen die demografischen Effekte, um Ziele, die wir vereinbart haben, umzusetzen und Standards zu verbessern. Wir in Nordrhein-Westfalen verbessern, was die Relationen angeht, Standards.

Die Inklusion, der Schulkonsens und die Empfehlungen der Bildungskonferenz bilden für diese Regierung seit 2012 die Schwerpunkte der jeweiligen Haushaltsaufstellung. 570 Stellen werden wir für den nächsten Schritt zur Absenkung des Klassenfrequenzrichtwertes an Grundschulen einsetzen. Das ist jetzt die dritte Stufe. Dadurch wird die Klassenbildung gerechter, und die Klassen werden kleiner. 260 Stellen werden für den ersten Schritt zur Absenkung des Richtwertes in der Sekundarstufe I der bestehenden Schulformen eingesetzt. Frau Gebauer, ich freue mich, dass auch Sie das hier ausdrücklich erwähnt haben, und ich finde, der grüne Schal steht Ihnen ganz gut.

320 Stellen werden für den Mehrbedarf der Sekundarschulen und Gesamtschulen zum Schuljahr 2014/15 zur Verfügung gestellt. Wir richten – auch das will ich noch einmal ausdrücklich sagen, weil Frau Vogt die Frage der Schulleitungen angesprochen hat – bei den Grundschulen 109 Stellen für die Leitungszeit ein. Damit haben wir in den letzten Jahren insgesamt 870 Stellen für die Leitungszeit geschaffen. Das entspricht 45 Millionen €. Wir haben das versprochen, und das haben wir gehalten. Sie hatten den Schulleitungen viel Entlastung versprochen und haben nie etwas gehalten. Das will ich noch einmal ausdrücklich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unsere Maßnahmen können auch erst nach und nach wirken. Das kann nicht auf einmal wirken.

Wir investieren in den Ausbildungskonsens. Da ist es nachvollziehbar und richtig, dass wir hinterher deutlich machen: Diese Maßnahmen wirken auch, und das Übergangssystem hat für die kurze Zeit schon ordentliche Wirkung entfaltet.

All diese Stellenmaßnahmen – das sind rund 1.400 Stellen – können sich sehen lassen.

Ja, es gibt auch Stellenabsetzungen. Das haben Frau Zentis und Frau Hendricks schon erläutert. Es handelt sich um stellenplantechnische Anpassungen von Entscheidungen der – ich sage es ausdrücklich – Vorgängerregierungen. Das reicht zurück bis in die Zeit, als Gabriele Behler Schulministerin war. Das wird hier nachvollzogen. Damit ist kein Eingriff in die Unterrichtsversorgung verbunden. Es ist auch nicht mit Standardverschlechterungen verbunden. Auch das ist mir ganz wichtig, hier festzuhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mit diesem Haushaltsentwurf für 2014 werden rund 1.200 zusätzliche Stellen für Inklusion bereitgestellt. Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, die die allgemeine Schule besuchen, werden vom Schuljahr 2014/2015 an erstmals auch beim Stellengrundbedarf der jeweiligen Schulform mit berücksichtigt. Auch hiervon werden die Grundschulen maßgeblich profitieren, weil dort das Lernen beginnt und weil dort die Bildungsbiografie, was die Schule angeht, begründet wird. Darum setzen wir einen deutlichen Schwerpunkt zu Recht in der Grundschule.

Bis zum Schuljahr 2017/2018 werden insgesamt 3.215 zusätzliche Lehrerstellen für Inklusion zur Verfügung stehen, um damit, wenn dies dem Elternwillen entspricht, eine Integrationsquote von bis zu 50 % zu ermöglichen. Einer Verdreifachung der Inklusionsquote steht damit eine Versechsfachung der zusätzlichen Lehrerstellen gegenüber – bei insgesamt sinkenden Schülerzahlen. Hier wird deutlich, wie sehr sich das Land bei dieser wichtigen Aufgabe engagiert.

Es kann also keine Rede davon sein, dass wir die Inklusion zum Nulltarif weiterentwickeln oder dass wir etwa Kosten für die Lehrerstellen irgendjemandem anderen aufdrücken würden. In unserem Zuständigkeitsbereich investieren wir massiv. Insgesamt ein enormer Ressourceneinsatz für Inklusion, den Schulkonsens und auch im Bereich der Ersatzschulfinanzierung.

Ich möchte jetzt, meine Damen und Herren, kurz auf die Einsparvorschläge der CDU eingehen, auch wenn es mir wie ein Déjà-vu von 2013 vorkommt.

Sie wollen eine globale Minderausgabe bei den Personalausgaben im Schulbereich von mittlerweile 61 Millionen € noch im Haushaltsjahr 2014 ausbringen. 61 Millionen € – das entspricht ungefähr 2.900 Lehrerstellen ab 2014.

Sie rechnen erneut bis 2017 mit einem Einsparvolumen von 470 Millionen €, von dem Sie 170 Millionen € wieder investieren wollen. Dabei beziehen Sie sich auf Berechnungen der Landesregierung.

Ich habe schon im Februar erläutert, dass im PwC-Gutachten von einem Zeitraum von 2010 bis 2020 die Rede ist. Vielleicht lesen Sie im Gutachten einfach noch einmal nach! Sie wollen also das Einsparpotenzial, das für einen Zeitraum von zehn Jahren rechnerisch ermittelt wurde, innerhalb von vier Jahren abschöpfen. Das würde in den Schulen verheerende Wirkungen auslösen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und dann tun Sie so, als würde das nicht den Schulkonsens infrage stellen.

Die Demografie, die Sie abschöpfen wollen, gibt es im Jahre 2014 nicht. Ich habe Ihnen gerade erläutert, für welche Maßnahmen wir die demografische Rendite einsetzen. Im Haushaltsentwurf 2014 zum Einzelplan 5 ist die Demografie, die wir für 2014 erwarten, komplett verplant.

Meine Damen und Herren, für die eiergebende Wollmilchsau hat die CDU einen Namen und ein Instrument. Das sind die Schulverwaltungsassistenten. Sie sollen nämlich alles können: Sie sollen Geld einsparen, sie sollen überall wirken,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und es soll wunderbare Ausweitungen geben. Das geht nicht auf. Das haben wir Ihnen schon mehrfach erläutert.

Außerdem – da muss man immer besonders aufpassen – will die CDU im Haushaltsjahr 2014 116 Millionen € bei den Förderprogrammen und landesgesetzlichen Leistungen einsparen. Das trifft die offene Ganztagsgrundschule, und das trifft die Ersatzschulen, meine Damen und Herren. Das muss man dann, bitte, ganz konkret hinzufügen.

Meine Damen und Herren, auch ich sage kurz etwas zu den beiden Anträgen, die wir gleichzeitig mit dem Haushalt heute hier besprechen.

Zum Antrag der Piraten – wir werden ihn im Schulausschuss ausführlicher debattieren –: Man kann immer von allem mehr machen. Ich möchte aber schon auf Folgendes hinweisen:

Wir haben beim Medienhaushalt besprochen, dass wir im Bereich Medienpass umfassende Maßnahmen ergreifen, und wir haben weitere Maßnahmen, Unterstützungsleistungen ergriffen. Insbesondere verweise ich hier auf „learn:line NRW“. Wir werden in Nordrhein-Westfalen bald 30.000 digitale Lernmittel im Netz haben, auf die die Lehrerinnen und Lehrer lizenzfrei zugreifen können. Das war immer schon so festgelegt. Das ist eine gute Maßnahme.

Zum Antrag der FDP: Zum IQB-Ländervergleich habe ich bereits im Plenum Stellung bezogen. Wir werden systematisch nach den Ursachen für das Abschneiden Nordrhein-Westfalens suchen und gemeinsam daraus Konsequenzen ziehen. Das wird ein Gesamtpaket werden. Schnellschüsse helfen hier nicht weiter. Wir werden erst am Freitag ausführlicher mit den Verfassern der Studie sprechen, um uns auch dort schlauzumachen und dann ein Gesamtkonzept zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss betone ich noch einmal: Mit dem Haushaltsentwurf 2014 für den Einzelplan 05 werden im Wesentlichen die Verabredungen des Schulkonsenses und Anregungen aus der Bildungskonferenz umgesetzt. Der Ausbau der Inklusion wird konsequent unterstützt. Von daher sollte es Ihnen keine Probleme bereiten, dem Haushaltsentwurf für Schule und Weiterbildung zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Jetzt hat Frau Kollegin Beer noch einmal ums Wort gebeten. Das soll sie auch bekommen. Sie hat wenig Redezeit; das weiß sie.

Ich möchte nur alle darauf aufmerksam machen, dass der Geräuschpegel im Saal extrem hoch ist und dass das für alle Rednerinnen und Redner sehr anstrengend ist.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ja, in der Tat, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil die bildungspolitische Amnesie, die sich in den ersten Beiträgen hier niedergeschlagen hat, zurechtgerückt werden muss.

Ich möchte daran erinnern, dass Schwarz-Gelb in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2010 10.000 Stellen im Lehrerbereich abgesetzt hatte. Sie waren gar nicht mehr vorhanden. Die Frage der Demografieeffekte spielte da gar keine Rolle mehr.

Wir haben sie im System belassen. Sie kommen der Schule zugute. Allein bis 2015 sind das 9.500 Stellen. Wir mussten 1.000 Stellen draufpacken, weil Sie zu wenig geplant haben. Wir haben 1.000 Stellen ausfinanziert, die bei Ihnen nicht solide im Haushalt abgebildet waren. Wir haben mit den permanenten Haushaltsverstößen in Sachen Fachleiterfinanzierung Schluss gemacht. All das waren die Dinge, die Sie nicht angefasst haben. Wir haben dafür gesorgt, dass die 1.000 Stellen, abgesenkt jetzt auf 500, den Gymnasien im Rahmen von G8 zusätzlich zur Verfügung stehen.

Das ist bei Ihnen nie im Oktav gewesen. Und dann geben Sie hier, Frau Vogt und Frau Gebauer, eine solche Vorstellung ab! Es hilft dann nicht zu sagen, Sie seien erst jetzt ins Parlament gekommen. Das nenne ich bildungspolitische Amnesie.

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit.

Sigrid Beer (GRÜNE): Diese zusätzlichen Dinge sollten Ihnen präsent sein, nämlich das, was Schwarz-Gelb absetzen wollte und was Sie nicht investiert haben, was aber Rot-Grün zusätzlich in die Hand genommen hat.

Herr Optendrenk bietet uns an, die Förderprogramme um 20 % pauschal zu kürzen, und das betrifft zum Beispiel OGS-Plätze. Die Menschen lassen sich von Ihnen aber nicht hinter die Fichte führen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

Erstens wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** des fraktionslosen Abgeordneten Stein **Drucksache 16/4483**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Der Abgeordnete Stein und die Fraktion der Piraten sowie CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Zweitens kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 05. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Drucksache 16/4405, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Wer möchte dem zustimmen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Somit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 angenommen**.

Drittens stimmen wir ab über den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/4435**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** dieses Antrags an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – **federführend** – sowie an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung** zur **Mitberatung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Das ist beide Male nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Viertens stimmen wir ab über den **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/4440**. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen damit über den Inhalt des Antrages ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Piraten, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die CDU-

Fraktion. Somit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Antrag der FDP **abgelehnt**.

Wir sind am Ende des Einzelplans 05 und der damit verbundenen Antragsberatung angekommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4406, eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Berger das Wort.

Dr. Stefan Berger (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Beginnen möchte ich mit etwas Positivem: Der Wissenschaftshaushalt 2014 weist mit einem Volumen von fast 8 Milliarden € eine erfreuliche Steigerung auf. Absolut gesehen ist es der höchste Haushaltsansatz, der jemals in Nordrhein-Westfalen im Wissenschaftsbereich erzielt wurde.

(Demonstrativer Beifall von der SPD)

Damit sind die positiven Botschaften aber auch schon beendet.

Pro Kopf und pro Universität gesehen gibt es nämlich einige Anlässe, die befürchten lassen, dass diese einmalig hohe Zahl den anstehenden Herausforderungen nicht gerecht wird.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zunächst einmal muss der Haushalt auch der höchste aller Zeiten sein, da wir angesichts des doppelten Abiturjahrgangs mit 129.000 Erstsemestern und mit weit über 600.000 Studierenden die historische Höchstzahl in Nordrhein-Westfalen feststellen.

Wie auch bei den vergangenen Haushalten geht die Erhöhung besonders auf Bundeszuweisungen zurück, auf rechtliche Verbindlichkeiten und auf Maßnahmen der schwarz-gelben Vorgängerregierung.

Zunächst einmal ist der Hochschulpakt II zu nennen, Frau Ministerin, der mit einer Steigerung von 209 Millionen € zu Buche schlägt. An dieser Stelle wäre es fair, wenn Sie, Frau Schulze, auch Ihre Kolleginnen und Kollegen Wissenschaftsminister der Länder und unseren Bundesministerinnen Frau Schavan und Frau Wanka für die geleistete Solidarität einmal herzlich danken würden.

(Beifall von der CDU)

Das von Schwarz-Gelb initiierte Modernisierungsprogramm wird mit 15 Millionen € gesteigert, das BAföG wächst um 10 Millionen € an, und bei den Länderprogrammen ist eine Steigerung von 44 Mil-